



## DPG-Rundbrief – Oktober II 2019

Immer wieder werden israelkritische Verbände, Gesellschaften und Vereine mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert. Nach der EntschlieÙung des Bundestages beobachten wir einen blinden, unreflektierten und undifferenzierten Aktionismus von Landtagen und Städten, die diese Haltung übernehmen. Mehrere Gerichtsurteile belegen, dass diese pauschale Verdächtigung nicht haltbar und gar nicht mit der verbrieften Freiheit der MeinungsäuÙerung vereinbart ist.

Anbei unser Schreiben an den Senator für Innen und Sport, der die BDS-Unterzeichner (also auch die DPG) vom Verfassungsschutz überwachen lassen will. Bis heute haben wir keine Antwort auf unsere Stellungnahme erhalten und erlauben uns, wie angekündigt, das Schreiben zu veröffentlichen.

Herrn  
Senator Andreas Geisel  
Senatsverwaltung für Innen und Sport  
Klosterstraße 47  
10179 Berlin

Bad Iburg, den 10.10.2019

Sehr geehrter Herr Geisel, Senator für Inneres und Sport,

im Namen des Präsidiums und der Mitglieder der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. (DPG) möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir mit großem Bedauern Ihr Interview mit der ZEIT vom 25.9.2019 zur Kenntnis genommen haben. Sie kündigen an, die BDS-Bewegung und ihre Unterstützer vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen, da diese pro-palästinensisch, sprich anti-israelisch und infolgedessen das Existenzrecht Israels in Frage stellen würden.

Die DPG hat sich vor einigen Jahren dazu entschlossen, den friedlichen Aufruf von BDS zu unterzeichnen und zwar mit dem besten Wissen und Gewissen darüber, dass diese in Palästina initiierte Bewegung auf keinen Fall das Existenzrecht Israels in Frage stellte. Die DPG hat sich deshalb für die Unterzeichnung entschieden, weil in einem großen Rahmen Palästinenser/rinnen und Palästinenser friedliche Methoden zur Beendigung der Besatzung anstrebten und sich von der Gewaltanwendung distanzieren.

Neben einer Vielzahl renommierter und international bedeutender Personen, die für einen gewaltfreien Widerstand durch sachbezogene und faktenbelegte Stellungnahmen eintreten, ist aktuell auch die Feststellung hochrangiger israelischer Sicherheitsexperten zur differenzierten Einschätzung der internationalen BDS-Bewegung nützlich: „Es (ist) gleichzeitig wichtig, festzuhalten, dass es zahlreiche BDS-Unterstützer gibt, die nicht antisemitisch sind. So gibt es zum Beispiel große Unterschiede zwischen den Hauptakteuren der Kampagne, die antisemitische Merkmale aufweisen, und zahlreichen (wahrscheinlich den meisten) Unterstützern der Kampagne, die ihre Solidarität mit der palästinensischen Sache und dem Aufruf der Kampagne nach „Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit“ zum Ausdruck bringen wollen.“

In der Tat mögen einige glauben, dass die Unterstützung der Kampagne der beste Weg sei, um Kritik an der israelischen Politik zu äußern – ganz unabhängig von jeglichen persönlichen antisemitischen Überzeugungen.“

(Generalmajor (Ret.) Amos Yadlin, Exekutivdirektor des Instituts für Nationale Sicherheitsstudien (INSS), leitete den militärischen Nachrichtendienst der israelischen Streitkräfte/ Michal Hatuel-Radoshitzky ist Research Fellow am Institut für Nationale Sicherheitsstudien und Dozentin an der Universität Tel Aviv und der Universität Haifa). (zit. nach WELT vom 26.9.2019)

Unsere Gesellschaft setzt sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes im Rahmen der internationalen Vereinbarungen und im vollen Einklang mit der Nahostpolitik der deutschen Bundesregierung und der EU, nämlich für eine friedliche Beendigung der israelischen Besatzung und für die Schaffung eines Staates Palästina auf den Grenzen von 1967 ein.

Darüber hinaus hat sich die DPG zu keinem Zeitpunkt aktiv an BDS-Projekten beteiligt oder solche initiiert, obwohl wir den gewaltfreien Widerstand zur Beendigung der Besatzung in der Westbank für gerechtfertigt halten.

Die DPG und ihre zu über 95% deutschstämmige Mitglieder pauschal in Verdacht zu nehmen, ist eine inakzeptable Vorgehensweise, die wir entschieden zurückweisen müssen.

Die DPG verurteilt jeglichen Antisemitismus und Fremdenhass.

Die DPG erlaubt sich jedoch die israelische Politik in Bezug auf Expansion und Besatzung zu kritisieren. Aus den oben genannten Gründen haben wir uns gegen die Entschließung des Bundestages ausgesprochen, weil die Kritik an der israelischen Politik bedauerlicher- und fälschlicherweise als antisemitisch gleich gesetzt wurde.

PS: Wir behalten uns vor, dieses Schreiben zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen



Nazih Musharbash  
Präsident  
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

**Kopie zur Kenntnis:**

1. Herr Referatsleiter Dr. Ernst, Auswärtiges Amt
2. Frau Dr. Daibes, Botschafterin, Palästinensische Mission, Berlin

**Mitglieder des DPG-Beirates**

3. Frau Dr. Amar-Dahl, Berlin
4. Frau MdB Buchholz, Berlin
5. Herr Dr. Fulda, Berlin
6. Herr Dr. Hajjaj, Bonn
7. Herr MdB Nouripour, Berlin
8. Herr MdB in der Beek, Berlin
9. Frau MdB Özoguz, Berlin
10. Herr Prof. Dr. Paech, Hamburg
11. Herr Prof. Dr. Steinbach, Berlin
12. Herr Prof. Dr. Verleger, Lübeck